

Kooperation

Die Welt im Umbruch – Perspektiven für die deutsche Sicherheitspolitik

Freitag, 14.02.2020, 13:00 Uhr

Ehemalige Karmelitenkirche,

Karmeliterstraße 1, 80333 München

Begrüßung

Wolfram Hatz

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Redezeit: 10 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Bundesvorsitzende Baerbock,

sehr geehrter Herr Professor Kempf,

sehr geehrter Herr Dr. Lang,

sehr geehrter Herr Europaabgeordneter

Sikorski,

sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter

Schmidt,

sehr geehrte Frau Dr. Major,

sehr geehrter Herr Wachter,

sehr geehrter Herr Wintergerst,

sehr geehrte Gäste,

im Namen der Bayerischen Wirtschaft begrüße

ich Sie herzlich in der ehemaligen

Karmelitenkirche.

Seit 2006 ist es gute Tradition, dass die

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft

gemeinsam mit dem Bundesverband der

Deutschen Industrie im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz jeweils eine Fachtagung auf die Beine stellt. Auch hier steht natürlich der Austausch zu Sicherheitsthemen im Vordergrund.

Heute wollen wir über die *Perspektiven für die deutsche Sicherheitspolitik* sprechen.

Diese Perspektiven sind im Februar 2020 unscharf. Wir wissen nicht, welchen Weg Deutschland sicherheitspolitisch gehen will.

Klar aber ist, dass unser Land in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor großen Herausforderungen steht.

Ich nenne ein paar aktuelle Beispiele:

- Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran ist nach der Tötung von General Soleimani im Januar 2020 weiter eskaliert. Die EU und Deutschland sind als Vermittler gefordert, um den Atomdeal möglichst

doch noch zu retten. Hier unterstützen wir den Kurs der Bundeskanzlerin: *Wir können das Unvollkommene nicht wegwerfen, bevor wir etwas Besseres haben!* Um das Abkommen zu erhalten, muss natürlich auch der Iran seinen Beitrag leisten.

- Eine weitere Herausforderung ist die sicherheitspolitische Haltung der USA. Für die Vereinigten Staaten lautet das politische Leitmotiv seit einigen Jahren „America first“. Multilaterale Allianzen wie die NATO haben für Washington an Bedeutung verloren. Deutschland ist in dieser Situation gefordert, sich verteidigungspolitisch stärker zu engagieren.
- Und schließlich hat die EU mit dem Brexit einen großen Teil ihrer Verteidigungskraft verloren. Das Vereinigte Königreich hinterlässt eine große Lücke. Auch hier ist Deutschland gefordert, seinen Beitrag zu

leisten.

Kurzum: Sechs Jahre, nachdem Joachim Gauck, Frank-Walter Steinmeier und Ursula von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz *eine neue sicherheitspolitische Verantwortung* Deutschlands proklamiert haben, ist es an der Zeit, diese Verantwortung klar zu definieren.

Als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sind wir der Ansicht, dass Deutschland ein stimmiges sicherheitspolitisches Konzept benötigt.

Auf zwei Punkte müssen wir dabei besonders achten:

Erstens: Deutschland braucht eine klare und kraftvolle Rüstungspolitik! Die Bundeswehr ist auf die Modernisierung ihrer Ausstattung angewiesen.

Das sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig: Wir müssen diejenigen schützen, die uns schützen!

Wer sicherheitspolitisch Verantwortung übernehmen will, braucht Streitkräfte, die jederzeit und mit bestem Material einsatzbereit sind.

Leider reißen die Negativmeldungen zum Zustand unserer Armee aber nicht ab.

Sie alle kennen die Schlagzeilen:

- Zu viele Panzer können nicht fahren.
- Zu viele Kampfflugzeuge und Hubschrauber können nicht fliegen.
- Zu viele Kriegsschiffe können nicht in See stechen.

Das muss sich schnellstens ändern!

Dabei darf es nicht darauf ankommen, ob sich unsere Soldatinnen und Soldaten in einem klassischen Militäreinsatz befinden oder in humanitärer Mission wie beispielsweise im Sudan.

Zum Glück ist Besserung in Sicht:

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat Anfang des Monats erklärt, dass sie die Ausstattungsmängel der Bundeswehr nicht länger dulden wird.

Und schon Monate zuvor hat sie sich eindeutig zum Ziel bekannt, bis zum Jahr 2031 zwei Prozent des Bruttoninlandsproduktes für die Verteidigung auszugeben und damit zehn Prozent der Fähigkeiten der NATO zu übernehmen.

Als vbw begrüßen wir diese Haltung. Die Bundesverteidigungsministerin hat unsere volle Unterstützung!

Zweitens: Deutschland muss in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik *mehr Europa* einfordern!

Das, sehr geehrte Frau Baerbock, ist ja auch ein Ziel Ihrer Partei. Und Sie stehen damit nicht allein da: Im zurückliegenden Europawahlkampf

haben fast alle Parteien eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gefordert.

Nun ist es Zeit, dass wir dieses Ziel auch erreichen.

Die Vorzeichen dafür stehen nicht schlecht. Im zweiten Halbjahr 2020 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft.

Das ist die beste Gelegenheit, einige konkrete sicherheitspolitische Vorhaben anzustoßen.

- So muss Deutschland darauf drängen, dass sich die EU bei der Herstellung ihrer Verteidigungsgüter besser abstimmt. Europa hat rund sechsmal so viele Waffensysteme wie die USA. Das ist alles andere als effizient und hindert unsere Streitkräfte daran, effektiv zusammenzuarbeiten! Die EU muss Synergien in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik besser nutzen und sich

beim Aufbau militärischer Fähigkeiten enger abstimmen.

Bei der Entwicklung von Verteidigungsgütern müssen wir *komplementär* denken und nicht mehr *konkurrierend!*

Wir brauchen nicht zig verschiedene Zerstörer- und Fregatten-Typen! Doch die, die wir haben, müssen einsatzbereit sein.

- Darüber hinaus müssen wir in der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik endlich das Prinzip der Mehrheitsentscheidung einführen. Nur so kann Europa die notwendige Handlungsfähigkeit gewinnen. Wenn die Mitgliedsstaaten der EU weiterhin mit unterschiedlicher Stimme sprechen und ihre nationalen Ziele in den Vordergrund stellen – wie es etwa im Libyen-Konflikt der Fall ist – verliert die EU nicht nur an Stärke. Es nimmt uns bald niemand mehr ernst!

- Zudem muss die EU im Europäischen Parlament einen Verteidigungsausschuss schaffen. Auch dieser Schritt ist überfällig und für eine Professionalisierung der gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik unabdingbar.
- Schließlich müssen wir die europäischen Armeeverbände ausbauen. Gemeinsame Kommandostrukturen auf EU-Ebene würden dabei helfen, viele der bestehenden Probleme zu beheben. Gleichzeitig würde die europäische Armee eine gemeinsame europäische Militärkultur fördern.
Ein aus unserer Sicht nicht zu unterschätzendes Ziel!

Meine Damen und Herren,

Wolfgang Ischinger, der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, hat in einem

Interview zur außenpolitischen Rolle

Deutschlands vor kurzem gesagt, ich zitiere:

„Die Krisen kommen zu uns, wenn wir uns ihrer nicht annehmen.“

Als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und offizieller Partner der Münchner

Sicherheitskonferenz können wir ihm nur

zustimmen. Deutschland muss als viertgrößte

Volkswirtschaft der Welt mehr

sicherheitspolitische Verantwortung

übernehmen. Die zunehmend instabile

weltpolitische Lage erfordert diesen Schritt

mehr denn je.

Herr Professor Kempf, Sie haben das Wort.